

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlen, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Einverständnis des Verlegers für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. einschließlich Postzuschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 20,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 89.

Die achtspaltige Nonpareilspalte ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Gesamtpreis: Zentrum 2030, 2045, 4516 4603, 4635, 4649, 4921.

WELTZEITUNG

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entscheidung in der Kohlenfrage vertagt

Sitzung der Regierungschefs

Spaa, 12. Juli.

Die heutige Sitzung der Chefs der auf der Konferenz vertretenen Regierungen begann um 3 1/2 Uhr in La Freineuse. Die endgültige Entscheidung in der Kohlenfrage wurde auf morgen vertagt. In der Reparationsfrage wurde die Einsetzung einer gemischten Kommission beschlossen, die morgen vormittag 11 Uhr zum ersten Mal zusammentritt. Die deutsche Delegation machte dann noch den Vorschlag, eine weitere Kommission für die Ernährungsfrage einzusetzen. Die Sitzung wurde darauf auf Dienstag nachmittags 3 1/2 Uhr vertagt.

Verlängerung der Tagung

Spaa, 12. Juli.

Es herrscht die Befürchtung, daß die Arbeiten der Konferenz am Montagabend nicht abgeschlossen werden können. Nach Schluß der Sitzung des Obersten Rates von heute vormittag erklärte Millerand den Journalisten, daß seine Abreise, die zuerst auf Sonntagabend angelegt war, verschoben worden sei. Die Konferenz werde ihre Arbeiten fortsetzen.

Die Verhandlungen vom Montag

Spaa, 12. Juli.

Heute nachmittag um 1/4 Uhr, hatte eine Sonderbesprechung der Chefs der hier vertretenen Regierungen stattgefunden, an der von deutscher Seite Reichskanzler Fehrenbach, Minister Dr. Simons, sowie Ministerialdirektor Simon und Legationsrat Reinhardt teilnahmen. Von den Alliierten waren Delacroix, Millerand, der französische Finanzminister Marsal, Lloyd George, Evans, Graf Sforza und Botschafter Chinda anwesend. Es wurde sofort die Kohlenfrage beraten und mitgeteilt, daß an den Grundlagen der Kohlelieferung festgehalten werden solle, daß nämlich die Reparationskommission von Zeit zu Zeit die Ziffer der deutschen Ablieferung an die Entente festzusetzen habe. Die Ziffer beträgt zurzeit 2,5 Millionen Tonnen monatlich. Die Entente habe unter Berücksichtigung der inneren Schwierigkeiten Deutschlands beschlossen, diese Summe versuchsweise für die nächsten sechs Monate auf 2 Millionen Tonnen herabzusetzen.

Im Namen der deutschen Delegation erklärte Dr. Simons, eine Antwort nicht erteilen zu können. Er müsse sich vorher mit dem Sachverständigen besprechen. Die Minister zogen sich darauf zurück und berieten mit den deutschen Sachverständigen. Diese erklärten übereinstimmend, daß die vorgeschlagene Zweimillionsziffer eine Unmöglichkeit darstelle. Wir könnten sie wohl versprechen, würden jedoch nicht in der Lage sein, sie tatsächlich zu liefern, um so weniger als zurzeit die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet außerordentlich schlecht sei. Die Arbeiter würden nur unter den größten Schwierigkeiten bei der Siebenstundenschicht gehalten. Es werde vielleicht, wenn Lebensmittel sofort in ausreichender Menge beschafft würden, eine Erhöhung des deutschen Angebots auf 1,4 Millionen Tonnen monatlich möglich sein. Wir würden außerdem sofort energisch an das Steuergewerk gehen und Neueinstellungen von Bergarbeitern vornehmen. Es bestünde dadurch begründete Hoffnung, innerhalb Jahresfrist eine weitere Steigerung um monatlich 3-400 000 Tonnen zu erzielen, so daß nach einem Jahre unsere Ablieferung auf 1,7 bis 1,8 Millionen Tonnen monatlich erhöht werden könnte.

Mit dieser Antwort kehrten die deutschen Delegierten in die Kommission zurück, und Minister Dr. Simons erklärte, er bedauere, eine bessere Antwort nicht geben zu können, aber er könne nichts versprechen, wovon er wisse, daß wir es nicht halten könnten. Die Regierung könne nichts versprechen, wozu nicht Arbeiter und Unternehmer sich bereitfinden würden. Der Minister schloß dann die schwierige Lage im Ruhrgebiet, dessen Arbeiterschaft sich keinesfalls weder von der Entente noch von Deutschland etwas diktieren lassen würde, was am grünen Tisch beschlossen sei. Sollte die Entente ein weiteres Einigenkommen nicht zeigen können, so zögen wir es vor, uns der Entscheidung durch die Reparationskommission zu unterwerfen. Sie könne dann aber auch die Exekutive für ihre Beschlüsse und die Verantwortung dafür übernehmen. In Deutschland sei die öffentliche Meinung schon aufs höchste erregt durch das Diktatssystem, das hier in Spaa angewandt werde. Es sei Zeit davon abzusehen, wenn nicht schlimme Folgen eintreten sollten.

Die Alliierten berieten lange Zeit untereinander und teilten dann mit, es müßte in der Kohlenfrage bei dem Gesagten sein Bewenden haben, wenn die deutsche Regierung nicht noch andere bestimmte Vorschläge machen könnte. Lloyd George war es, der hier eintritt und eindringlich betonte, er sei in dieser Frage, da keine Tonne der geliefernten Kohle für England bestimmt sei, unser guter unparteiischer Freund; er riete uns nochmals dringend, die Angelegenheit ernstlich zu prüfen und neue Vorschläge zu unterbreiten.

Minister Dr. Simons erklärte, wir würden uns nochmals mit den Sachverständigen beraten. Wir müßten aber Ruhe und Ruhe

zu dieser ersten Entscheidung haben. Wir würden morgen unsere Antwort mitteilen. Er verstehe es wohl, daß den Alliierten eine zahlenmäßige Feststellung dringend erwünscht sei.

Es wurde dann sofort in die Beratung der allgemeinen Reparationen eingetreten, die nach dem Vorschlag der Entente in einer gemischten Kommission beraten werden sollen, die morgen um 11 Uhr vormittags zum ersten Mal zusammentritt.

Die Sitzung der bevollmächtigten Regierungsvertreter wurde auf morgen nachmittag 1/4 Uhr vertagt.

Die Schwierigkeiten von Spaa

Je weniger die zahlreichen in Spaa versammelten Journalisten an Tatsächlichem erfahren, um so mehr üben sie die Kunst des Gebärden-spöehens. Aus dem Lächeln des einen Staatsmannes und aus der ernsten Miene des anderen ziehen sie Schlüsse auf das voraussichtliche Ergebnis der Beratungen. Die deutschen Schmuds wenden Telegrammspeisen daran, um der Welt mitzuteilen, daß Lloyd George dem deutschen Minister des Auswärtigen, Simons, zugeneigt oder daß er sogar einen Händedruck mit ihm ausgetauscht habe. Sie, die so viele Phrasen über die deutsche Würde zu drescheln pflegen, finden es nicht unwürdig, lakonisch über das Minenspiel der Ententevertreter zu berichten und ein Stirnrzeln als eine weltgeschichtliche Begebenheit auszusprechen.

Aber lassen wir ihnen ihr Vergnügen und bleiben wir nur überzeugt, daß von der größeren oder geringeren gesellschaftlichen Liebeshwürdigkeit eines der Herren Minister nicht der Gang der politischen Entwicklung, ja nicht einmal der Verlauf der Konferenz abhängt! Halten wir uns an das Tatsächliche, so steht fest, daß die Besprechungen der Sachverständigen über die Kohlenfrage bis Montag mittag noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sind. Die für den Vormittag angelegte Sitzung der Delegierten wurde auf den Nachmittag vertagt.

Wie man zu einer Verständigung kommen soll, ist schwer abzusehen. Die Kluft zwischen der Kohlenmenge, die Frankreich fordert, und der, die Deutschland geben will und geben kann, ist außerordentlich groß, und scheint kaum überbrückbar. Man darf auch nicht behaupten, daß die eine oder die andere Seite sachlich im Unrecht sei. Frankreich leidet unter einem gewaltigen Mangel an Brennmaterial, und es kann sich bei seinem Begehren auf die Zerstörung der nordfranzösischen Bergwerke durch Ludendorff berufen. Andererseits aber ist Deutschland nicht in der Lage, die angeforderten Mengen zu liefern, wenn es nicht seiner eigenen Wirtschaft die Fundamente entziehen soll. Was helfen könnte, wäre eben nur eine internationale Lösung des Problems, d. h. die Heranziehung aller kohlenproduzierender Länder zur Deckung des Fehlbedarfes. Die Frage ist, ob die Entente die Entschlossenheit besitzt, einer solchen Organisation der Weltwirtschaft näher zu treten.

Wenn nun Frankreich das Unvermögen Deutschlands nicht anerkennen will, und auch in diesem Falle bösen Willen voraussetzt, so haben wir das nicht zuletzt dem Auftreten des Herrn Stinnes zu danken. Von Herrn Stinnes sagt der Pariser „Matin“, daß er daran schuld sei, wenn die deutschen Sachverständigen und die deutsche Delegation die Ansprüche der Alliierten nicht erfüllen wollten. Er übe auf die deutsche Regierung einen schamlosen Druck aus. „Wenn Deutschland aus dieser Konferenz mit einem Bruch herauskommt, und wenn die Alliierten gezwungen sind, zu Maßnahmen zu greifen, so hat es auch die Pflicht dem deutschen Volke zu sagen, daß Herr Stinnes, und nur er allein, verantwortlich für das neue Unglück ist.“ Das mag etwas übertrieben sein, aber auf alle Fälle bleibt es dabei, daß die Rede des Industriemagnaten den denkbar schlechtesten Eindruck hervorgerufen hat, und wenn an der Verfehltheit seines Auftretens überhaupt noch Zweifel bestehen könnten, so würden sie durch die Begeisterung behoben werden, mit der die deutsche nationalsozialistische Presse ihrem Wortführer jubelt, dem sie im Gegensatz zu den einschränkenden und beschwichtigenden Worten des Ministers Simons nachrühmt, daß er dem ganzen deutschen Volke aus dem Herzen gesprochen habe.

Infolge des Hinauszögerns der Entscheidung in der Kohlenfrage ist die Diskussion über die Wiedergutmachung einstweilen zurückgestellt worden. Auch in diesem Punkte werden neue Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten aufzutreten, zumal da Deutschland diesmal zwar ein bestimmtes Projekt vorgelegt hat, sich aber im Grunde nur auf die Skizzierung eines allgemeinen Rahmens und den Vorschlag bestimmter technischer Einrichtungen beschränkt. Wann unter diesen Umständen die Konferenz zu Ende gehen soll, läßt sich nicht voraussagen.

Der Streik in der Saarbrücker Metallindustrie ist im Allgemeinen als beendet anzusehen.

Die Lage in Mesopotamien ist nach einer Meldung des „Temps“ aus Teheran sehr ernst. Die Eisenbahnlinie ist an drei Stellen unterbrochen.

Eine falsche Methode

Von Rud. Breitscheid.

Die Genossen Morel und Ponsoby von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands haben sich einige Tage in Berlin aufgehalten, um die deutschen Verhältnisse zu studieren und um sich besonders über die Frage der Kriegsschuld mit deutschen Politikern zu besprechen. Beide haben ihre großen und von uns stets anerkannten Verdienste um die Aufdeckung der Verantwortlichkeiten, die die englische Regierung in den Jahren vor dem Weltkrieg auf sich geladen hat, und zumal Morel hat schon seit Jahrzehnten in der unerschrockensten Weise und ohne Rücksicht auf die heftigen Angriffe, die seine nationalsozialistischen Landsleute gegen ihn schleuderten, in die Schliche der englischen Geheimdiplomatie hineingeleuchtet. Er ist wie Ponsoby zu dem Ergebnis gelangt, daß England einen großen Teil der Schuld an der Aufhäufung des Jüdischens trägt, dessen Explosion im Jahre 1914 die Welt in Flammen setzte.

Von dem Wunsch befeuert, die Verbrechen des englischen Imperialismus möglichst klar und deutlich herauszuarbeiten, fühlen sich die beiden nun ein wenig in ihrer Tätigkeit behindert, wenn die kapitalistische Presse ihres Landes auf die Haltung der deutschen Unabhängigen und einiger bürgerlichen Radikalpazifisten hinweist, die die Schuld der deutschen Regierung an dem Ausbruch des Weltkrieges betonen, und sie nach Berlin gekommen, um uns auf die Schwierigkeiten aufmerksam zu machen, die ihnen durch unsere Stellungnahme erwachsen.

Freilich scheint es, als ob sie über die Auffassung unserer Partei nicht ganz ausreichend und zutreffend unterrichtet gewesen wären, und Genosse Ledebour sowohl wie ich haben ihnen deshalb unsere Auffassung ausführlich entwickelt. Wir haben ihnen auseinandergesetzt, daß wir weit davon entfernt sind, die Verantwortung des imperialistischen Kapitalismus der anderen Staaten in Abrede zu stellen, und daß wir nur auf Grund der Außenveröffentlichungen und der Ergebnisse des Untersuchungsausschusses an der Ueberzeugung festhalten müssen, daß die deutsche Regierung im Sommer 1914 ein risikoloses Spiel mit dem Frieden getrieben hat, indem sie die österreichische Militärpartei, statt sie zurückzuhalten, geradezu zu ihrem Vorgehen gegen Serbien ermunterte und so die Gefahr eines allgemeinen europäischen Konfliktes mit vollem Bewußtsein heraufbeschwor. Wir haben die Bemühungen der beiden Engländer mehr Licht in die weiter zurückliegende Vorgeschichte zu tragen, dankbar begrüßt und ihnen versichert, daß wir alles tun würden, um ähnliche Untersuchungen auch in Deutschland zu fördern.

Es muß nun einigermaßen wundernehmen, daß das „Berliner Tageblatt“ nach diesen Unterredungen eine Meinungsäußerung von Morel und Ponsoby veröffentlichten kann, die unsere Feststellungen im wesentlichen unberücksichtigt läßt. Danach haben die beiden erklärt, sie stiegen in England dadurch auf große Schwierigkeiten bei der Verfolgung ihres Zieles, eine Revision des Friedensvertrages herbeizuführen, daß gewisse politische Richtungen in Deutschland jede Gelegenheit ergreifen, um Deutschland als den Alleinschuldigen hinzustellen. Diese Haltung müsse die Wirkung haben, daß die Anstrengungen der englischen Arbeiterschaft, Deutschland Gerechtigkeit zu verschaffen, geschwächt würden. Die Theorie von Deutschlands alleiniger Kriegsschuld könne abgesehen von ihrer historischen Unrichtigkeit nur dazu beitragen, die imperialistischen Pläne der verbündeten Regierungen zu stärken und diese zu ermutigen, noch weiter ein Volk zu demütigen, das sich im Staube der Selbstverurteilung wohlfühle. „Ein Sozialismus“, so sollen die beiden englischen Politiker geschlossen haben, „der den Internationalismus außer Betracht läßt, ist kein Sozialismus, der diesen Namen verdient.“

Wenn die Genossen Morel und Ponsoby sich wirklich so geäußert haben, so geben sie zu unserem Bedauern nach wie vor von irrigen Voraussetzungen aus. Aber auch ihre Schlussfolgerungen sind ganz und gar unzutreffend. Zunächst kann gar nicht die Rede davon sein, daß sich das deutsche Volk unter dem Eindruck unserer Anklagen „im Staube der Selbstverurteilung wohlfühle“. Im Gegenteil, weigern sich die bürgerlichen Parteien und der größte Teil der Rechtssozialisten nach wie vor, Deutschlands Schuld an dem Ausbruch des Krieges anzuerkennen. Sie verurteilen nicht nur nicht sich selbst, sie verurteilen auch nicht einmal die Machthaber von 1914. Man kann also die Abneigung der Entente gegen eine Revision des Friedens von Versailles wirklich nicht auf eine gefühllos zur Schau getragene Demut der deutschen Nation zurückführen, und wenn überhaupt ein Zusammenhang zwischen der Hartnäckigkeit der Alliierten und der Stimmung des deutschen Volkes besteht, so kann es nach unserer Ueberzeugung nur der sein, daß man drüben das Eingeständnis der deutschen Verantwortung vermisst.

Die englischen Genossen würden sicher zu einer besseren Einsicht der Zusammenhänge gelangt sein, wenn es ihnen ihre Zeit gestattet hätte, sich in Deutschland etwas eingehender zu unterrichten, als es tatsächlich der Fall war. Viel leicht kennen sie auch nicht genau genug die amtlichen Veröffentlichungen aus den Berliner und Wiener Archiven, auf die wir unser Wissen und unser Urteil gründen, und schließ-

Die Wiedergutmachung

Der deutsche Plan für Sachleistungen

Spaa, 11. Juli. (W. L. B.)

Der heute vorgelegte deutsche Plan für die Sachleistungen gemäß Artikel 236 und Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages lautet:

a) Deutschland ist auf Grund des Artikels 236 und der §§ 1-4 der Anlage 4 zu Teil 8 des Friedensvertrages verpflichtet, zum Zwecke der unmittelbaren Wiederherstellung der vom Kriege betroffenen Gebietsteile der alliierten und assoziierten Mächte diesen nach näherer Bestimmung des Wiedergutmachungsausschusses Material zu liefern, dessen Wert auf die Wiedergutmachungsschuld angerechnet wird. Der Wiedergutmachungsausschuss hat diese Lieferungen noch nicht festgelegt. Der deutschen Regierung sind bisher lediglich die Anforderungslisten der beteiligten Staaten zur Aufstellung mitgeteilt worden. Diese Listen, die die verschiedensten Gegenstände vom Fischlaich über Fleisch, jeder Art Rohstoffe, industrielle Erzeugnisse bis zu ganzen Fabriken umfassen, haben eine eingehende Durchprüfung erfahren, die im wesentlichen beendet ist, so daß die darüber mit dem Wiedergutmachungsausschuss zu führenden Verhandlungen demnächst beginnen können. Dabei wird genau festzulegen sein, welche Lieferungen im Rahmen der Leistungsfähigkeit Deutschlands endgültig angefordert werden, und welche mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Lage, insbesondere den Mangel an Rohstoffen, ganz oder zum Teil unausführbar sind.

b) Um eine möglichst beschleunigte und reibungslose Durchführung der Lieferungen sicherzustellen, erscheint folgender Plan zweckmäßig:

Organisation der Industrie

1. Deutschland schafft eine umfassende Organisation der gesamten Industrie, einschließlich des Handwerks, für die Durchführung der Lieferungen. Die Organisation ist zweifacher Art:

a) soweit die Anforderungen Spezialmaterial betreffen, erfolgt das hauptsächlich von der Großindustrie hergestellte Material die Vergebung durch die Fachverbände der Industrie. Die Liste der bereits bestehenden Fachverbände ist aus der Anlage beigefügt. Ueber die über den Aufbau des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu entscheiden.

b) soweit es sich um Massenartikel (sogenannte Katalogware) handelt, an deren Herstellung auch Handwerk und Kleingewerbe beteiligt ist, werden die Lieferungen durch eine Ausgleichsstelle auf die einzelnen Länder des Reichs verteilt. Die Ausgleichsstelle wird die Lieferungen durch besondere Auftragsämter an Industrie und Handwerk.

Solche Auftragsämter sind errichtet oder in der Bildung begriffen in Preußen, das außerdem Zweigstellen für die einzelnen Provinzen einrichtet, in Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen und den Hansestädten.

Sowohl die Länder als auch die Fachverbände werden auf Grund des Ausführungsgeheißes zum Friedensvertrage vom 31. August 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1530) zu Leistungsverbänden bestimmt. Als solche können sie nach dem Verfahren der Bewirtung der angeforderten Leistungen angewiesen werden. Außerdem übernehmen beide die Haftung für die tatsächliche Ausführung.

2. Die Sachleistungen sind zu Weltmarktpreisen zu berechnen, damit die Auftragsämter und Fachverbände den gestellten Anforderungen gerecht werden können; in welchem Umfange und in welcher Weise die Anrechnung der Sachleistungen erfolgt, wird bei der Regelung der Wiedergutmachungsschuld bestimmt.

3. Die Spezialaufträge werden zwischen den mit der Verteilung beauftragten Stellen und Verbänden der liefernden Unternehmer einerseits und durch die von der deutschen Industrie geschaffene Vermittlungsstelle für Wiedergutmachungsaufträge andererseits vermittelt. Die Vermittlungsstelle ist bereits eingerichtet, sie befindet sich in Frankfurt am Main, Güttenstraße 8. Die Art, wie die verschiedenen Fachverbände und Regierungsstellen mit den Behörden und Interessentenvereinigungen der geschädigten Länder zusammenarbeiten, ist näher festzustellen.

4. Es empfiehlt sich, daß von jeder der beteiligten alliierten und assoziierten Mächte eine doppelte Organisation geschaffen wird, die eine für die Prüfung der Aufträge und die andere für die Empfangnahme der Lieferungen.

a) Die erste Organisation ist deswegen nötig, weil zu den Listen eine Menge von Schäden innerhalb der gestellten Fristen zur Vermeidung der Prüflisten angemeldet worden sind, die inzwischen durch direkte Bestellung der Geschädigten bei der deutschen Industrie und durch Bezahlung aus Mitteln der Entschädigungsfonds der alliierten Regierungen erledigt worden sind.

b) Der zweiten Organisation würde auch die endgültige Übernahme der gelieferten Waren und die Abgabe etwaiger Mängel zufallen.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Sicherheitsmaßnahmen sind gegen die Mißbräuche auszuarbeiten, die sich bei bürokratischer Vermittlung von privaten Geschäften einschleichen.

7. Einer aus Sachverständigen zu bildenden Kommission — eine Liste der Mitglieder kann deutscherseits alsbald vorgelegt werden — zu der nötigenfalls Regierungsvertreter zugezogen werden können, wird die Prüfung des Planes und seine Durchführung übertragen. Der Kommission werden Unterkommissionen für die einzelnen Warengruppen angegliedert. Sie soll sofort an die Arbeit gehen.

Die Regelung der Wiedergutmachungspflichten

Sobald heißt es weiter:

1. Die deutsche Regierung sieht den Zweck der jetzigen Verhandlungen darin, daß versucht werden soll, zu einer vereinbarten endgültigen Regelung ihrer gesamten Reparationspflichten zu gelangen.

2. Die deutsche Regierung weist darauf hin, daß nach ihren Berechnungen die bis zum 1. Mai 1921 zu zahlenden 20 Milliarden Gold nicht nur schon jetzt geleistet sind, sondern daß bereits ein sehr erheblicher höherer Betrag gezahlt ist. Unterlagen stehen zur Verfügung.

3. Eine Regelung für die Zukunft, die die deutsche Regierung als erfüllbar anerkennen soll, kann nur nach der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden. Hierbei ist besonders die Notwendigkeit zu berücksichtigen, den deutschen Etat zu stabilisieren. Somit werden rasch wachsende weitere schwebende Verbindlichkeiten und Inflation jede Leistungsfähigkeit untergraben.

4. Für das Maß der deutschen Leistungsfähigkeit verweist die deutsche Regierung auf die überzogenen Denkschriften. Sie geht

Parteigenossen!

Wollt Ihr, daß die „Freiheit“ alle ihr gestellten Aufgaben lösen kann, daß sie nicht nur die gelesenste sozialistische Tageszeitung, sondern die gelesenste Zeitung überhaupt wird und technisch und inhaltlich immer weiter vervollkommen wird?

Dann müßt Ihr Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ werden, Anteilsscheine in großer Zahl erwerben und dauernd dafür arbeiten, daß alle Parteigenossen Eurem Beispiele folgen.

Nur unablässige Agitation

für den Beitritt zur Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ und für die Zeichnung von Anteilsscheinen

schafft die Möglichkeit zur Erreichung unserer Ziele!

davon aus, daß insbesondere keine weitere Schwächung der Grundlagen der schon stark geschwächten deutschen Volkswirtschaft eintritt und die unentbehrlichen weltwirtschaftlichen Hilfsquellen wieder gewonnen werden. Namentlich muß Deutschland die notwendigen Lebensmittel, Futtermittel, Düngemittel und sonstige Rohstoffe zu angemessenen Zahlungsbedingungen einführen können.

5. Wird die deutsche Leistungsfähigkeit zugrunde gelegt, so ergibt sich folgendes:

a) Die Entschädigungspflicht ist in Annuitäten (Zahlungsraten) auszudrücken; die Mindesthöhe der Annuität ist festzusetzen.

b) Die Pflicht zur Zahlung von Annuitäten wird auf die im Vertrage von Versailles genannte Frist von 30 Jahren begrenzt.

c) Die Mindestannuität ist derart zu bemessen, wie es auf Grund der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit irgend möglich ist. Sie umfaßt daher alle Verpflichtungen Deutschlands zu Sach- und Geldleistungen nach dem Vertrage von Versailles, also insbesondere auch die Verpflichtung zur Erstattung der Kosten der Okkupationsarmee.

d) Die Annuitäten werden zum Teil durch die Sachleistungen, die auf Grund des Vertrages von Versailles zu bewirken sind, gedeckt. Diese Sachleistungen sind grundsätzlich zum Weltmarktpreis anzurechnen. Zu einem bestimmten anderen Teil sollen die Annuitäten in bar gezahlt werden; soweit Deutschland Sachleistungen machen wird, die den durch die Sachleistungen zu deckenden Teil der Annuitäten überschreiten, sind sie in bar zum Weltmarktpreis zu bezahlen.

e) Da die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten 30 Jahre heute nicht zu überblicken ist, soll eine Beteiligung der alliierten Regierungen an einer wesentlichen Besserung der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands vorgesehen werden. Hierfür soll ein Indexschema ausgearbeitet werden.

f) Es ist eine Höchstsumme zu bestimmen, nach deren Abtragung Deutschland von jeder weiteren Entschädigungspflicht frei wird.

g) Für die Feststellung der Mindestannuität auf Grundlage der deutschen Leistungsfähigkeit (a) und der hierfür näher zu präzisierenden, der deutschen Finanzhöhe ist Indexschemata (e), für die Bestimmung der Höchstsumme (f) sowie für die Prüfung der Unterlagen nach Ziffer 2 sollen sachverständige Angehörige beider Parteien zusammentreten.

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

Anregung für die Durchführung des Wiederaufbaues der zerstörten Gebiete.

a) Die Wiederherstellung der im Kriege zerstörten Gebiete bildet ein gemeinschaftliches Interesse der Völker, da die Gefahr besteht, daß die Gefühle des Hasses und der Schere nach Rache nicht verschwinden, solange sie nicht durchgefühlt ist. Die deutsche Regierung hat deshalb, obwohl nach dem Friedensvertrage eine Verpflichtung zur unmittelbaren Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau nicht besteht, alsbald nach Unterzeichnung des Vertrages ihre Bereitschaft erklärt, sich an den Aufbauarbeiten zu beteiligen. Sie empfiehlt im gemeinsamen Interesse dringend der Frage erneut näherzutreten. Dabei berücksichtigt sie auch die bei den bisherigen deutschen Lieferungen für die Zwecke des Wiederaufbaues gemachte Erfahrung, daß die Materiallieferungen nicht ausschließlich dazu Verwendung finden, um den früheren Zustand der zerstörten Gebiete herbeizuführen, sondern von dem Geschädigten teilweise auch zum Aufbau einer neuen Existenz an anderen Orten benutzt werden.

b) Die deutsche Regierung gibt daher die Anregung, den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch ein großes internationales Siedlungsunternehmen vornehmen zu lassen. Der Plan ist folgender:

1. Es wird ein internationales Syndikat von Unternehmern gebildet, an dem allen Staaten die Beteiligung offengehalten wird.

2. Das Syndikat erhält die Aufgabe, im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Regierungen die Aufräumung der zerstörten Gebiete durchzuführen, die industriellen, landwirtschaftlichen und Verkehrsanlagen wiederherzustellen und neue Heimstätten für die bisherigen Bewohner dieser Gebiete oder andere Siedler, die sich aus den sonstigen Gebieten der geschädigten Länder dorthin wenden, zu schaffen.

3. Das Syndikat zieht Unternehmer und Arbeiter aus den alliierten und den neutralen Ländern, sowie aus Deutschland zu diesen Arbeiten heran.

4. Das Siedlungsunternehmen ist nach geschäftlichen, nicht nach bürokratischen Grundsätzen zu leiten und so zu führen, daß von ihm keine übermäßigen Gewinne erzielt werden.

5. Alle Organisationen sind aufzubauen auf Grundlage paritätischer Arbeitsgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

6. Bei grundsätzlichem Einverständnis mit diesem Plan, würde alsbald eine Besprechung über die praktische Durchführung unter Zuziehung von Vertretern der Regierungen der Staaten, die sich an dem Syndikat beteiligen wollen, ferner von Vertretern der Bevölkerung der zerstörten Gebiete, sowie von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu veranstalten sein.

Der Massenmörder Schumann vor dem Schwurgericht

Zu Beginn der gestrigen Sitzung wurden eine Anzahl Notzuchtsfälle verhandelt, bei denen die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Der als Zeuge geladene Landgerichtsdirektor Budenberg, welcher als Untersuchungsrichter in dieser Sache tätig war, bezeugt, daß nach seiner Erinnerung der Angeklagte einen so ruhigen Eindruck gemacht habe, daß er, Zeuge erkannt war, daß ein Mensch, dem so schwere Verbrechen zur Last gelegt werden, so unglaublich ruhig sein konnte. Der Angeklagte habe seinen Ton davon gelöst, daß ihm auf der Polizei das Geständnis abgepreßt worden sei, er habe in seiner Vernehmung auch garnicht den Versuch gemacht, die ihm vorgehaltenen Straftaten in Abrede zu stellen. Schumann habe auch keinesfalls den Eindruck gemacht, als wenn er unter irgend einem Zwange stehe.

Referendar Manheimer, welcher i. St. ebenfalls bei den gerichtlichen Vernehmungen zugegen war, schilbert ebenfalls die erstaunliche Ruhe, welche Schumann bei den Vernehmungen an den Tagen gezeigt habe. Schumann habe gegenüber der polizeilichen Vernehmung ganz wesentliche Einschränkungen gemacht und auch von Mißhandlungen durch Polizeibeamte gesprochen.

Landgerichtsdirektor Lönies bezeugt als Zeuge, daß der Angeklagte ihm nach Vorhalt der polizeilichen Auslage erklärt habe, das stimme alles nicht, wie es gewesen sei, werde sich schon in der Hauptverhandlung herausstellen. Er sei von der Polizei schwer mißhandelt worden und habe nur deshalb das Geständnis abgelegt. Auf ihn, Zeugen, habe der Angeklagte nicht den Eindruck gemacht, als wenn er unter dem Einflusse einer Furcht vor Mißhandlungen gestanden habe, als Schumann zum ersten Male bei ihm vernommen worden war und das Geständnis wiederholte. Erst bei der zweiten Vernehmung sei er plötzlich um und widerrieff alles. Der Angeklagte erklärt auf Vorhalt, daß er zunächst sein früheres Geständnis nur aus dem Grunde bestätigt habe, weil er nicht Jahre lang in Unterwerfunghaft sitzen, sondern die Hauptverhandlung möglichst beschleunigen wollte. Der Angeklagte erklärt, daß es ja doch nur gewissermaßen ein Frage- und Antwortspiel gewesen sei. Bei dem er nur die polizeilichen Angaben einfach wiederholt habe, um die Untersuchung abzukürzen. — Zeuge Budenberg: Es ist ganz ausgeschlossen, daß es nur eine Retapitulation der polizeilichen Auslagen gewesen sei.

Auf Wunsch des R.-M. Dr. Frey wiederholt dann die Zeugin Fr. Paul noch einmal zur Information der anwesenden Sachverständigen die Vorgänge bei der Erziehung ihres Vaters. Der Verteidiger legt besonders Wert darauf, daß der Angeklagte, nachdem der Lehrer Paul erschossen war, sich nicht eiligst unerkannt entfernt, sondern sich noch auf das bekannte Gespräch mit der Zeugin, die ihn gebeten hatte, sich doch zu entfernen, eingelassen habe. Erst dadurch sei doch der Zeugin Gelegenheit gegeben gewesen, den Angeklagten hier wieder zu erkennen.

Auf Anfrage eines Geschworenen erklärt der Zeuge Budenberg, daß der Angeklagte seine Geständnisse unabhängig von irgend einer polizeilichen Unterlage gemacht habe. Ebenso erklärt Oberwachmeister Lahmann, daß er zuerst den Angeklagten und dann erst die Zeugen vernommen habe. — R.-M. Dr. Frey: Die Tatsachen, die der Angeklagte Ihnen zugegeben, waren Ihnen aber doch schon aus der Mitteilung des Amtsvorstehers bekannt. Sie waren also doch schon aienkundig. — Zeuge Lahmann: Die von ihm angegebenen Motive waren aber nicht bekannt und auch nicht alle Tatsachen, die dann im gerichtlichen Protokoll niedergelegt sind. — Staatsanwalt Dr. Steindorfer: Was will der Angeklagte mit seinen Bemerkungen eigentlich sagen? Will er behaupten, daß der Landgerichtsdirektor Budenberg hier einen Meineid geleistet hat? — Angeklagter: Nein, das will ich nicht behaupten.

Die Verhandlung wird sodann auf Dienstag 9½ Uhr vertagt. Dann sollen die Sachverständigen ihre Gutachten abgeben. Der Vorsitzende hofft, heute die Verhandlung zum Abschluß bringen zu können. Den Geschworenen werden wahrheitsgemäß einige 50 Schuldfragen vorzulegen sein.

Betriebsräte, Arbeiter- und Angestelltenräte und Obleute!

Am Dienstag, den 12., Donnerstag, den 15. und Freitag, den 16. d. Mts. finden für sämtliche Industrie- und Verkehrs-Gruppen Berlin Gruppenversammlungen

- statt und zwar in folgenden Sälen:
- Gruppe II. Bau- u. Steinindustrie: Donnerstag, 7 Uhr, Andreas-Bekke.
 - III. Bekleidungs- u. Textilindustrie: Freitag 7 Uhr, Roppenstraße 29.
 - IV. Chemische Industrie: Donnerstag 7 Uhr, Kommandantenstr. 58.
 - VI. Graphisches Gewerbe: Donnerstag 4 Uhr, Gewerkschaftshaus.
 - VII. Holzindustrie: Dienstag 7 Uhr, Altmö, Salendelde.
 - VIII. Gärtnerei u. Landwirtschaft: Donnerstag 7 Uhr, Rönigsgraben 2.
 - IX. Nahrungsmittel-Industrie: Freitag 6 Uhr, Landsberger Str. 31.
 - X. Bedruckindustrie: Freitag 7 Uhr, Kommandantenstr. 58.
 - XI. Metallindustrie: Freitag, 7 Uhr, Sparusfä, Müllerstraße 142.
 - XII. Staatliche u. kommunale Betriebe: Freitag 7 Uhr, Müllerstr. 31.
 - XIII. Verkehr: Freitag 6 Uhr, Al-Berlin, Blumenstraße.

Tagesordnung:

1. Vortrag „Wirtschaftspolitik und Gewerkschaften“.
2. Wahl der Organe.
3. Zutritt nur mit Betriebsräte-Legitimationskarten der Berliner Gewerkschaftskommission und der Afa und Mitgliedsbuch der Gewerkschaften.

Afa-Ortsstelle
Groß-Berlin

Gewerkschaftskommission
Berlin und Umgegend.



Antwort an das Exekutivkomitee*)

(Fortsetzung)

Wir müssen es ferner auf das entschiedenste zurückweisen, daß unserer Partei wiederum der Vorwurf gemacht wird, sie habe die schändliche Ausweisung der Berliner Botschaft des Proletariats Russlands sanktioniert und die Vollstreckung des diplomatischen Beziehungen zur Sowjetmacht unterstützt. Dieser Vorwurf ist unwahr und ungerecht. Die Ausweisung des russischen Botschafters, Genossen Joffe, war bereits vor der Revolution, unter der Regierung des Prinzen Max von Baden, erfolgt, weil Joffe sich angeblich an der Agitation gegen das alte Regime beteiligt hatte, worin der Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Solf, einen völlerrechtswidrigen Mißbrauch der Befandtenstellung sah. Unsere Genossen Haase, Barth und Dittmann traten im Rat der Volksbeauftragten sofort dafür ein, Joffe die Rückkehr zu gestatten. Die Rechtssozialisten Ebert, Scheidemann und Landsberg, die von Solf beeinflusst waren, wendeten sich dagegen. Sie betonten, daß gerade wir Sozialisten vom Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts der Völker von dem Befanden eines anderen Landes die Nichtteilnahme in die inneren Verhältnisse des Staates, in dem er beglaubigt ist, verlangen müßten. Eine Verständigung im Kabinett war nicht zu erzielen, sie wurde dadurch erschwert, daß ein Vertreter der Sowjetregierung von Moskau aus in einem Telefongespräch mit dem Genossen Haase, das vom Fernschreiberapparat des Auswärtigen Amtes niedergeschrieben wurde, mitteilte, daß Abgesandte der Sowjetrepublik nach Deutschland unterwegs seien, um dort in den Gefangenenlagern unter den französischen und englischen Gefangenen revolutionäre Propaganda zu treiben. Die Rechtssozialisten in der Regierung machten daraufhin geltend, daß eine russische Vertretung nicht die völlerrechtlich vorgeschriebene Neutralität wahren und uns obendrein in die schwersten Verwicklungen mit der Entente bringen werde, die in einer revolutionären Propaganda unter den Kriegsgefangenen einen Bruch des Waffenstillstandsvertrages erblicken würde. Neue Schwierigkeiten entstanden im Kabinett durch die von Rechtssozialisten und Bürgerlichen in gehässiger Weise ausgeübte Behauptung Joffes über die von ihm angeblich an deutsche Genossen gegebene Selber. Dadurch wurde es Haase, Dittmann und Barth völlig unmöglich gemacht, in dem parlamentarisch — drei gegen drei — zusammengefügten Kabinett eine Mehrheit für die Wiederaufnahme der Beziehungen zu gewinnen und sie mußten sich mit einer hinzögernden Behandlung der Angelegenheit abfinden. Bei jeder Gelegenheit haben sie aber immer wieder die Notwendigkeit betont, mit Rußland schleunigst in diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu treten. In der Nationalversammlung ist derselbe Standpunkt ebenfalls fortgesetzt von Haase, Cohn und anderen Rednern unserer Partei eingenommen worden. Was in unseren Kräften stand, ist also stets geschehen, die Verbindung Deutschlands mit Rußland zu fördern. Alle Kundgebungen und Massenaktionen der Partei wie auch der unter ihrem Einfluß stehenden Räte- und Gewerkschaftsorganisationen haben immer die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland erfordert. Die gegenteiligen Behauptungen der deutschen Kommunisten, die sich das Exekutivkomitee zu eigen gemacht hat, entsprechen nicht den Tatsachen.

Völlig rätselhaft ist es uns, worauf sich der Vorwurf der „Ententeorientierung“ der „rechten Führer“ der U. S. P. stützen soll. Bisher ist dieser Vorwurf meist von rechtsstehenden Parteien gegen uns erhoben worden. Namentlich als wir im vorigen Jahr den Kampf um die Unterzeichnung des Friedens entgegen allen nationalistischen Wühlereien und militaristischen Treibereien zu führen hatten, wurde besonders von bürgerlichen reaktionären Parteien der Vorwurf gegen uns erhoben, daß wir die „Agenten der Entente-Regierungen“ seien. Der weitere Gang der Ereignisse hat unserer Haltung Recht gegeben, ebenso wie er seinerzeit die Haltung der russischen Kommunisten in der Friedensfrage als von harter Notwendigkeit diktiert erwiesen hat, gegen die bekanntlich wegen dieser Haltung der

Vorwurf erhoben wurde, daß sie sich mit dem kaiserlich-deutschen Militarismus verbündet hätten.

Wenn wir neben der Verständigung mit dem russischen Proletariat zugleich die Verständigung mit dem revolutionären Proletariat Westeuropas erstreben, so im internationalen und nicht zuletzt im russischen Interesse. Wir wissen, daß dem Ententeimperialismus, der Sowjetrußland bedroht, am wirksamsten entgegengewirkt werden kann von dem revolutionären Proletariat der Ententeländer selbst und daß unser Einfluß im revolutionären Sinn auf unsere westlichen Bruderparteien indirekt auch unsere russischen Brüder zugunsten kommt. Das aber hat mit „Ententeorientierung“ in keinem Sinn nicht nur nichts gemein, sondern läuft im Gegenteil auf eine Bekämpfung des Ententeimperialismus und des internationalen Kapitalismus hinaus.

Es wird uns ferner der Vorwurf gemacht, wir hätten systematisch kleinbürgerliche Funktionen über das Wesen des „Wilsonismus“ getan. Die Kritiker übersehen vollkommen, daß unsere Partei den „Wilsonismus“ nie vertreten hat. Wir haben stets den bürgerlichen Pazifismus abgelehnt und den Kampf um die Beendigung des Krieges von vornherein und bereits zu einer Zeit aufgenommen, als Wilsons Thesen noch gar nicht bekannt waren.

Lassen die bisher erwähnten Vorwürfe einerseits die geschichtliche Perspektive, andererseits die genaue Kenntnis der deutschen Verhältnisse vermissen, so zeugt der Vorwurf der „Versöhnung“ der U. S. P. mit den „Herren der Arbeiterklasse, Koske u. Co.“ von einer unverantwortlichen Leichtfertigkeit gegenüber der Einschätzung der Rolle der verschiedenen Parteien in der deutschen Revolution. Wir können hier auf die einzelnen Phasen der Revolution und die Rolle der einzelnen Parteien nicht eingehen. Wir richten nur an das Exekutivkomitee die Frage: Glaubt es im Ernst, daß fünf Millionen deutscher Proletarier jetzt für unsere Partei ihre Stimme abgeben hätten und daß rund eine Million Proletarier unsere Reize annehmen, wenn die U. S. P. in den schwersten und kritischsten Zeiten der Revolution die Interessen der Arbeiterklasse preisgegeben, ihre „Einigkeit zerlegt“ und ihre „Niederlage gefordert“ hätte?

Diese Frage stellen, heißt sie beantworten. Und ebenso wie mit dieser Frage verhält es sich mit anderen Vorwürfen gegen eine Reihe unserer Genossen. Da werden beispielsweise früher angeklagt, sie wären seinerzeit (im Februar, März 1919) für die „Verankerung der Räte in der Verfassung“ eingetreten. Die Kritiker übersehen auch hier die geschichtliche Situation, in der dieser Vorschlag von vielen Genossen gemacht wurde. Es handelte sich um eine taktische Maßnahme zur Verteidigung der Räte zu einer Zeit, in der die allgemeine Ahwürgung der Arbeiterräte einsetzte, und in der es noch möglich schien, die Macht der Nationalversammlung durch auf die Rätekraft gestützte Massenaktionen einzuschränken und so zu ersichern. Nachdem diese taktische Situation überholt war, ist der Gedanke der „Verankerung der Räte“ ausgegeben worden.

Das Antwortschreiben des Exekutivkomitees betrachtet diese Sammlung von unrichtigen, schiefen und direkt unwahren Darstellungen und Anklagen als ausreichend, um zu erklären, daß die weitere Entwicklung der proletarischen Revolution sich in Deutschland nicht vollziehen könne, wenn die Arbeiter nicht mit diesen Führern brächen, denen ein ungeheurer Teil der Schuld an dem bisherigen qualvollen Verlauf der Revolution zuzuschreiben ist. In dieser Schlussfolgerung findet die Methode des Antwortschreibens ihre krasseste Ausdrucksform: Sie konstruiert zunächst auf Grund unrichtiger, unwahrer Behauptungen ein Herrbild der sogenannten „rechten“ Führer, sie identifiziert sodann diese „rechten Führer“ mit der gesamten Führerschaft der U. S. P. und bekämpft in der ihnen unterstellten Vollstreckung der Gesamtpartei; und sie krönt schließlich diese ganze Konstruktion durch die aller marxistischen Erkenntnis widersprechenden Schlussfolgerung, daß eine proletarische Willkürpartei, die ihre Führung und Führerschaft selber belächeln wollen und Streben direkt widerspricht. Es genügt, auf diesen Widerspruch hinzuweisen, damit das kommunistische Exekutivkomitee selber zu der Erkenntnis gelangt, daß seine ganze Konstruktion auf falschen Voraussetzungen beruht und deshalb notwendigerweise zu falschen Schlüssen gelangen muß.

(Fortsetzung folgt.)

Zusammentritt der Stadtverordneten für Groß-Berlin

Die neugewählten Berliner Stadtverordneten waren gestern mittag nach dem Festsaal des Berliner Rathauses geladen, um vom Oberpräsidenten Dr. Raier in ihr Amt eingeführt zu werden. Er eröffnete die Sitzung mit einer Rede, aus der wir folgendes wiedergeben:

„Kraft gesetzlichen Auftrags habe ich die Ehre, die erste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der neuen Stadtgemeinde Berlin zu eröffnen.“

Das viel erörterte und heiß umstrittene Problem der rechtlichen Gestaltung des Wirtschaftsorganismus Großberlins ist im Sinne der Einheitsgemeinde entschieden.

Das Gesetz vom 27. April dieses Jahres hat den kommunalen Egoismus einer Vielzahl von Körperschaften mit widerstreitenden Interessen als Nachfolgerin eine kollektive Einheit bestellt, die die Aufgabe hat, durch Zusammenfassung aller vorhandenen Kräfte die durch die Not des Vaterlandes gesteigerten und einzeln nicht erträglich Forderungen zu erfüllen. Kräftehaltung und Kräftehegung, nicht Kräfteverhüttung ist das Gebot an die neue Einheit. Ein Gebot, dem auch der Gegner der Neuordnung zu folgen hat.

Von der richtigen Basis und zweckmäßigen Defonomie in Ansehung der Inanspruchnahme der zentralen und örtlichen Kräfte wird das Schicksal des neuen Berlin in erster Linie abhängen. Insbesondere wird die volle Wirkung der auf dem Gebiet der Gemeindefürsorge und Gemeinschaftsaufgaben entfalteten Initiative nicht nur von ihrer Kraft, Zielstrebigkeit und Beharrlichkeit, sondern in mindestens gleichem Maße von der Fähigkeit und Stetigkeit der richtigen Selbstbeschränkung gegenüber den Aufgaben der örtlichen Bezirke abhängen. Dies verlangt zu keiner Durchführung eine hohe Kunst, die Kunst, die überall und auf jede Weise alle für die Selbstverwaltung verwertbaren Kräfte zu gewinnen, sie dort einzusetzen, wo sie aus innerem Bedürfnis und nach ihren Fähigkeiten das Höchste leisten können, diese Kräfte zu regulieren und anzuknüpfen.

Nur so kann der die gesamte Bevölkerung durchdringende und einigende Gemeininn gezeigt werden, der den Willen hat, unerfüllbaren Wünschen zu entsagen.

Dieser Gemeininn ist das feste und unverrückbare Fundament für den Aufbau des neuen Berlin. Denn Mühe und Sorge begleiten die neue Stadt bei Antritt ihres Weges. Wie alle deutschen Städte gehen auch die in dem neuen Berlin zusammengeschlossenen Gemeinden aus dem Kriege und seinen Nachwirkungen mit einer außerordentlich gesteigerten Schuldenlast hervor. Ihr Abbau und der gesunde finanzielle Aufbau wird um so schwieriger für die neue Gemeinde werden, weil sie das Kernstück des den preussischen Gemeinden bisher zugehenden Steuer-Hoheitrechts, das Recht zur Besteuerung des Einkommens nicht mehr vorfindet. Dazu bleibt die Frage offen, in welchem Maße weitere Lasten aus der Auseinanderziehung mit der durch den Gebietsverlust stark geschwächten Provinz und den drei Nachbar-Länderkreisen erwachsen werden. Alles in allem keine hoffnungsvollen und vorhersehbaren Zeichen für einen leichten und sicheren wirtschaftlichen Aufbau, sondern Mahnungen an das Verantwortlichkeitsgefühl der Bürgerschaft und der zu ihrer Vertretung berufenen Organe. Unter diesen Umständen ist die Stadtverordnetenversammlung heranzutreten, wenn nicht einsehenden Anteil an der Lösung der Aufbaumissionen und der Gestaltung des gemeindlichen Schicksals von 4 Millionen Menschen. Hieraus erwächst ihr eine bedeutende Arbeitslast und eine Verantwortung, die sich mit ganzer Kraft und Schwerkraft des politischen Gewissens und der wirtschaftlichen Auswirkung eines nach Bevölkerungszahl und Gebietsgröße so gewaltigen, kommunalen Körpers geltend machen muß und geltend machen wird.

Mit dem Wunsche, daß Ihnen die Würde Ihres so überaus anspruchsvollen, aber schönen und großen Amtes nie zu schwer sein möchte, und daß Ihrer Arbeit Erfolg und Segen zum Wohle des neuen Berlin, der mächtig erweiterten Reichshauptstadt, beschieden sein möchte, habe ich die Ehre, Sie zu begrüßen.

Gleichzeitig habe ich Sie gemäß gesetzlicher Vorschrift mittels Handbühles an Eidesstatt zu verpflichten auf treue und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Amtspflichten.“

Nachdem die ganz überflüssige und reichlich veraltete Händebühlerlei vorbei war, übernahm der Rechtssozialist Pfannkuch als Alterspräsident die Leitung der Versammlung. Er berief die nächste — konstituierende — Stadtverordnetenversammlung zu Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, ein. Es sollen eine vorläufige Geschäftsordnung festgesetzt und der Vorstand, sowie die Ausschüsse gebildet werden. Damit war die ganze Feierlichkeit zu Ende.

*) Siehe „Freiheit“ Nr. 272.

Die schwere Stunde

Roman

von Victor Panin

10) Mit seinem kleinen, warmen Vatschhändchen streichelt er mir die Wange und murmelt schlaftrig, noch nicht ganz erwacht:

„Ich habe auf dich gewartet, Papachen! Es ist doch nicht wahr, daß ich nicht zu dir kommen darf? Die Wärterin sagt es immer und Njuska auch. Ich dürfte nicht hierher kommen, sagt sie, aber ich habe ja nichts angerührt!“

„Gewiß darfst du, mein Kleiner, du darfst immer“, sage ich, von einem unerklärlichen Glück erfüllt, und kisse ihn auf die Lippen. Er lacht laut auf:

„Siehst du! Ich sagte es ja. Und sie wollen es nicht glauben! Papachen, du wirst mir doch vom Kriege erzählen, nicht wahr? Der gute Mensch will nichts davon erzählen. Hast du aber gesehen, was er für einen langen, langen Bart hat? Und weißt du wohl, er küßt mich auch! Im Kriege, Papa, sind da alle tot? Und gehen sie? Siehst du, Njuska sagt, daß mein Pferdchen nicht lebendig ist, und dabei geht es doch und geht wieder nicht; wie ist das, Papachen?“

Jetzt steht er auf meinen Knien und krabbelst mit beiden Händen auf meinem Gesicht herum: bald spielt er mit dem Schnurrbart, bald hebt er mit einem Finger meine Oberlippe auf, um zu sehen, ob ich Zähne habe. Dann vergräbt er wieder seine kleinen Fingergelien in meine langen grauen Haare und dazwischen drückt er sich ganz nah an mich heran und küßt mir seinen feuchten, weichen Lippen mein Gesicht, wohin es gerade trifft.

Sollte dieses neue, mir bisher fremd gebliebene Gefühl auch ein Resultat des Krieges sein? — frage ich mich selbst. Ich erinnere mich der Kindheit Njuskas, sie war auch ein hübsches, liebendes Kind, auch sie habe ich auf den Knien gehalten, aber dieses volle, ganz erregende Gefühl, erinnere ich mich nicht, erlebt zu haben. In diesem Augenblick fühlte ich Njuska nicht als ein einfaches Wesen, sondern er kommt mir wie ein Teil meines eigenen Körpers, meiner eigenen Seele vor, der sich jek: abgrenzt hat und sich, wie ein freudiges Lied, einem belebenden Strome gleich, in meine

Seele ergießt. Es dünkt mich, als sei das Kind vor mir eine göttliche Quelle, in deren kristallklarem Wasser sich versenkend, meine gequälte Seele sich bade, sich reinigt, sich von allem Irdischen befreit und eine neue reine jugendfrische Kraft daraus schöpft. Und nun, wo ich all dies fühle und gierig in mich einatme, schweigt finster der Verstand.

Ebenso schnell wie er erwacht ist, schläft Bowa auch wieder in meinen Armen ein; ich halte ihn umfangen und drücke ihn zärtlich liebevoll an meine Brust; ehe ich ihn in das Kinderzimmer bringe, sehe ich, wie er im Schlaf seine bleichen, vollen Kinderlippen bewegt.

Die Wärterin brummt:

„Dieser Wildfang, ich habe den ganzen Hof durchsucht, bin sogar auf die Straße hinausgelaufen. Jetzt kann einem ja alles Mögliche zustehen, was Gott verheißt! Bowa, Bowa! rufe ich, er ist aber nicht zu finden; ich habe sogar den guten Menschen geschickt, ihn zu suchen, auch er sagt mir: er ist nicht zu sehen. Und dabei hat er sich zu dir vertragen!“

Schweigend ordnet sie die Decke auf dem ruhig weiter schlafenden Kinde und fährt dann fort, ohne auf mich zu sehen: „Nicht umsonst erzählt man in den Märchen, daß das Blut immer zu reden vermag. Es war einmal eine Königin, die kannte ihren eigenen Bruder nicht und wollte ihn heiraten, zum Schluß hat aber doch das Blut zu reden begonnen. Auch hier ist es dasselbe; er war ja nur einen Monat alt, als du fortojogst, und jetzt steht er an dir, daß er gar nicht mehr wegzufahren ist. Den ganzen Tag heißt es bloß: Papachen, Papachen!“

Ich weiß aus Erfahrung, daß ihr Gerede kein Ende nimmt, sie spinnt ihre Gedanken so unendlich lange, wie der Faden einer Spinne an einem langen Winterabend gesponnen wird. Ich lege meine Hand auf ihre Schulter, schüttelte sie ein wenig, und jetzt erst bemerke ich, daß ich ihr ins Gesicht sehe, wie dieses furchtbar abgemagert und eingesunken ist. Die ausgedehnte Haut ist dunkel gemorben und macht den Eindruck, als hätte sie lange unter der Erde gelegen. Merkwürdig, Gestern habe ich nichts davon gemerkt.

„Njuska, bereite mir bitte das Bett im Kabinett.“

In ihren Augen lese ich ihr Erschauern; ihr Kopf hängt noch schneller zu jitteln an, und sie beugt sich wieder zu Bowa, obwohl sie jetzt gar nichts mehr bei ihm zu tun hat; sie tut es nur, um ihr Gesicht vor mir zu verbergen.

„Was fällt dir auch ein“, brummt sie, „du bist ja nicht mehr klein! Dem Weibe muß man eben nicht alles mehr nachtragen; alle sind sterblich, alle sind sündig, ja, so ist es, mein Liebster. Wie wirst du auch im Kabinett einschlafen können? Auf dem Divan ist es so eng!“

„Es tut nichts, Njuska, fürchte nichts, ich werde schon einschlafen“, sage ich ihr, ohne den inneren Sinn ihrer Worte zu beachten; ich wende mich dabei der Türe zu und höre noch hinter mir die abgerissenen Worte der Wärterin:

„Mein Gott, sei gnädig... Herrgott, sündig ist der Mensch, lag keine Sünde zu...“

Während ich in meinem Kabinett auf und abgehe, denke ich daran, daß im Grunde die Wärterin recht hat, es steht mir gewiß ein langer Kampf mit meiner Frau bevor, vielleicht sogar eine jener widerwärtigen Szenen, die so oft im Familienleben vorkommen.

Es ist das erstmal seit unserem zweiundzwanzigjährigen Zusammenleben, daß ich außerhalb des Schlafzimmers schlafe, und gerade am zweiten Tage nach meiner fünfjährigen Abwesenheit.

Zu wiederholten Malen stelle ich mir die Frage, ob ich recht habe? Vielleicht hätte ich buiden, mich verziehen, lügen sollen, neben ihr schlafen und dabei Widerwillen gegen sie im Herzen tragen? Aber jedesmal, wenn ich an den feiltrigen Abend denke, durchzittert mich ein Schauer des Eises, und eine unglückliche Furcht demütigt sich meiner, wie vor einem unvermeidlich herannahenden, aber unerklärlichen Schreden. Ich schäme mich, ich sage mir, daß ich häßlich handele, ich versuche mit allen Mitteln der Logik zu beweisen, daß von seiten meiner Frau keine Schuld vorliegt; sie hat eben einen gefunden, kräftigen, vollen Körper. Ist sie denn schuld daran, wenn sie ihre Instinkte nicht beherrschen kann? Und daß sie riecht, liegt einfach an dem Umstand, daß es keine Seife gibt und man keine reine Wäsche haben kann. Auch meine Hand ist ja schwarz vor Schmutz, auch ich rieche ja.

Aber alle diese Beweisgründe des Bestandes sind vergeblich, sie gleiten vorbei, ohne meine Seele zu berühren, und meine Seele ist von diesem undegewöhnlichen Gefühl des Widerwillens erfüllt.

(Fortsetzung folgt.)

